

Danziger Zeitung.

No 6546.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Rgl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 R. 15 Gr. Auswärts 1 R. 20 Gr. — Inserate nehmen an: in Berlin: A. Neumeyer und Aub. Mosse; in Leipzig: Eugen Fort und G. Engler; in Hamburg: Hansen & Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. und die Jäger'sche Buchhandlung; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandlung.

1871.

Telegr. Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen den 22. Februar, 8 Uhr Abends.
Berlin, 22. Febr. Die „Provinzial-Corresp.“ schreibt: „Nur in dem Falle, daß beim Ablauf des Waffenstillstandes die Forderungen Deutschlands im Wesentlichen von der französischen Regierung bereits angenommen worden sind, wird möglicherweise eine nochmalige Frist von einigen Tagen zum definitiven Abschluß des Friedens gewährt. Die Regierung des Kaisers hat in der Zuvorfrist auf das Gelingen der Friedensverhandlungen die Vertreter der süddeutschen Regierungen zu denselben zugezogen. Die nächste Woche wird, wenn die Anzeigen nicht trügen, die Grundlagen des wiederhergestellten Friedens bringen.“

Verailles, 22. Febr. Aufolge der gestern zwischen dem Grafen Bismarck und Thiers stattgefundenen Verhandlungen, während derer der Bundeskanzler mehrmals sich zum Kaiser begab, ist der Waffenstillstand einwöchentlich um zwei Tage, bis Sonntag Abend, verlängert worden.

Angekommen 22. Febr., 9½ Uhr Abends.
Copenhagen, 22. Febr. Nach einer Meldung aus Friedrichshafen säuberte der herrschende Orkan das Fahrwasser vom Eise. Aus dem großen Belt ist das Eis theilweise verschwunden. Das Eis-Dampfschiff „Fyen“ führte die Post und die Passagiere über.

Deutschland.

* Berlin, 21. Februar. Zu allen möglichen anderen gibt es jetzt auch eine nizzardische Frage. Die, sobald Frankreich eine Republik geworden, ins Werk gesetzte Agitation wegen Wiedervereinigung von Nizza mit Italien glaubt auf leichten Erfolg rechnen zu können, doch die republikanische Regierung hält an dem Besitze Nizzas fest und sucht sogar die italienische Partei mit Gewalt niederzuhalten. Nach republikanischen Grundrissen hätte man das Selbstbestimmungsrecht, auf welches man am Rhein setzen möchte, auch an den Ufern des Paglione gelten lassen müssen, allein die Regierung der nationalen Vertretung glaubt sich verpflichtet den Territorialbestand des Landes unverändert zu wahren. Andererseits ist es ein ächt italienischer Zug der Nizzarden, daß sie, die früher sich bei Frankreich wohl zu befinden vorgaben, in demselben Augenblicke, wo der Staat alle seine Schätze braucht, wo Italien selbst den romanischen Stammesgenossen zu Hilfe eilen wollte, diese verlassen und zurück an alte Land wollen. Unitarier und Demokraten gingen in dieser Frage eben so auseinander wie in ihren Urtheilen über den Hilfszug Garibaldis nach Frankreich. Die französische gestante Municipalität von Nizza hatte Garibaldi als Candidaten aufgestellt, um ihn für das Verbleiben der Stadt bei Frankreich zu gewinnen. Und die Nationalen beschworen ihn, ihr nationales Recht zu verteidigen und auf die Trennung von Frankreich zu dringen. . . Dieselben Leute, welche ein Jahrzehnt lang unter dem Empire ausgehalten haben, nachdem sie sich demselben für Geld und Ehrenstellen durch ihren Suffrage universel verschrieben hatten, gebärden sich jetzt ganz ungesüßlich gegen die junge Republik und können es nicht abwarten, bis sie wieder des Glüdes theilhaftig werden, unter dem Scepter Victor Emanuels zu wohnen. Dieselben, die ohne Murren dem Kaiser ihre Soldaten nach Mexiko und gegen Deutschland geliefert haben, sind die ersten gewesen, welche ihre zu Garibaldis Fahnen eilenden Landkrieger mit Vorwürfen überschütteten. Und jetzt verlangen sie in ihrer Adresse nichts desto weniger, daß Garibaldi seine Popularität und seinen Einfluß in Frankreich zu ihren Gunsten verwende. In Nizza selbst sah man drei Tage vor der Wahl eine große weiße Fahne durch die Straßen tragen, auf welcher sich das Wappen der Grafschaft Nizza, ein rother Adler, eine Grafenkrone darüber, zwei

Palmenzweige darunter, befand und am selben Tage predigte der „Diritto“ mit verstärkter Behemung die Vorbereitung unter direkter Aufforderung zur Massen-Manifestation. Mittwoch war Wahltag. Die Niederlage der national-französischen Partei aller Schattungen war ebenso eclatant wie der Sieg der italienischen Partei. Wohl war Garibaldi mit eminenter Stimmenzahl gewählt, diese Wahl war indeß numerisch durch seine eigentlichen Parteileute entschieden worden. Garibaldi wurde mit über 6000 Stimmen in Nizza allein gewählt; neben ihm hatte die Urne für drei italienische Nizzarden, absolute Parteigänger des Friedens, entschieden. Die übrigen Candidaten waren damit beseitigt, unter ihnen auch der Präfekt Dufraisse. Die darauf folgenden Aufständischen versuche sind, wie der „N. Fr. Pr.“ berichtet wird, bis jetzt noch ohne alle Erheblichkeit. Aber die Frage selbst, für deren Existenz die Bewegung Zeugnis ablegt, wird damit keineswegs aus der Welt geschafft. Je näher der Tag heranrückt, an welchem die bisherigen Kriegslasten und die unausweichlichen Kriegsschuldigkeiten Opfer der Bevölkerung praktisch zum Bewußtsein kommen werden, desto enger wird Nizza, dessen Bewohner vor Allem gute Rechner zu sein scheinen, einem Verbleiben bei Frankreich widerstreben, und man darf darauf gefaßt sein, daß von Seite der italienischen Deputierten der Assemblée nationale mit der „Question Nigoise“ aufgewartet werden wird. Die Frage freilich, was Nizza will, ist keineswegs so ganz einfach. Was es nicht will, das ist evident: es will nicht bei Frankreich bleiben, und jetzt weniger denn je. Ob es aber wieder zu Italien gehören möchte, das ist keineswegs so ganz feststehend. Die materiellen Lasten des italienischen Volkes haben für die Nizzarden wenig Anlockendes. Am liebsten möchten sie wohl ihre Autonomie: vollständige Unabhängigkeit mit einem Präsidenten, etwa Garibaldi, an der Spitze, verwirklicht sehen. Wie diese Selbstständigkeit sich in einer Zeit, deren Hauptzug Staatsbildung im Großen ist, praktisch durchgeführt werden sollen, das liegt außer dem Bereiche ihrer Sorge. Für die französische Republik aber bleibt Nizza eine offene Wunde. Ob der jetzige Präfekt der rechte Mann für die Heilung sei, das wird sich bald zeigen. Marc Dufraisse gehört zu den besten der ehelichen, gemäßigten Republikaner Frankreichs. In einem Buche, betitelt: „De l'histoire du droit de guerre et de la paix de 1789 à 1815“, zur Zeit des zugewanderten Streites, weißt er eine dritte Invasion Frankreichs und dessen Unterwerfung durch Deutschland. Sich selbst und seine glänzende Vergangenheit verläugerte er aber, als er, Gambetta's Weisungen folgend, eigenmächtig eine Municipal-Commission einsetzte und später den Generalrath auflöste. Der Platz inmitten einer Bewegung von solcher Art ist für einen mehr oder weniger energischen Charakter gleich Dufraisse schlecht gewählt, und will die französische Republik das von Bonapartismus angeirrte Nizza behalten, so wird sie dafür sorgen müssen, daß eine minder schätzerne Hand, geleitet von einem minder idealen Gemüthe, hier die Zügel der Regierung führe. Die Vorcommissee selbst aber, deren Schauplatz die Hauptstadt des Departements der Alpes Maritimes in den letzten Tagen gewesen, sind, wenn nichts Anderes, doch jedenfalls eminente nach Bordeaux hin gerichtete Friedens-Manifestationen, und als solche haben sie immerhin ihre Bedeutung.

Während das frühere Wahlgesetz für den Reichstag des Norddeutschen Bundes d. d. 15. October 1866 bestimmte, daß die bei der Wahlhandlung zuzuziehenden Gemeindeglieder nicht aus der Zahl der unmittelbaren Staatsbeamten entnommen werden dürfen, enthält, wie der Minister des Innern die Bezirks-Regierungen u. u. unterm 8. d. Mts. aufmerksam gemacht hat, das bei den am 3. I. Mts. bevorstehenden Reichstags-Wahlen zum ersten Mal in Anwendung kommende Wahl-

gesetz vom 31. Mai 1869 im § 9 die weiter gehende Beschränkung, daß die Function der Vorsteher, Beisitzer und Protokollführer bei der Wahlhandlung in den Wahlbezirken und der Beisitzer bei Ermittlung des Wahlergebnisses in den Wahlkreisen nur von Personen ausgeübt werden darf, welche „kein unmittelbares Staatsamt“ bekleiden. Da ein Verstoß gegen diese Bestimmung leicht eine Nichtigkeit der betreffenden Wahl zur Folge haben könnte, so hat der Minister des Innern den Regierungen u. u. eben noch besonders zur Pflicht gemacht, auf die sorgfältige Befolgung jener Anordnung hinzuwirken.

Oesterreich.

Das Ministerium Hohenwarth's direct characteristischer auch der Umstand, daß von der Annahme die Verurtheilungen wegen „Religions-Verfolgung“ und Beleidigung der katholischen Kirche ausgeschlossen wurden. Während aus den deutschen Bezirken Böhmens und Mährens, aus Steiermark und Oesterreich Kundgebungen des tiefsten Mißtrauens gegen das neue Ausgleichsministerium laut werden, fährt die hochsitzige „Wiener Abendpost“ fort, Citate aus der slavischen Tagespresse zu bringen, durch welche eine sympathische Aufnahme desselben constatirt werden soll. Der „Slovenet Narod“ fordert aber schon als Minimum, daß die slovenischen Theile Steiermarks und Kärntens von den deutschen getrennt und „die giftigen Nöthen verstopft werden, durch welche die Germanisirung in alle Schulen geleitet wird“. In Deutschböhmen und Deutschmähren steigt der Verdacht, daß das Ministerium, um die Eichen zu gewinnen, das deutsche Element dem slavischen preisgeben werde. Der „Tagesbote aus Böhmen“ erklärt, daß in diesem Falle die Deutschen in Oesterreich „sich nur noch als nationale Partei betrachten und in dem weiteren Nationalbau Schutz suchen werden“. In Berlin erwartet man augenscheinlich, daß es den Gegenministern gelingen wird, den cisleithanischen Deutschen den letzten Rest ihres Oesterreichthums zu verleißen und fast deshalb schon jetzt die künftige Vervollständigung des neuen deutschen Kaiserreichs ins Auge.

England.

Das Blaubeuch giebt bei näherem Studium immer noch einige interessante Aufschlüsse über die Unterhandlungen mit den Neutralen. Da erfahren wir u. a. vom October v. J.: Zwischen gab die französische Diplomatie ihre Bemühungen, die eine oder die andere der neutralen Mächte in den Krieg zu verwickeln, noch nicht auf, und am 18. October erhielt Thiers Instruction, Lord Granville davon in Kenntniß zu setzen, daß Unterhandlungen mit Italien um bewaffnete Unterstützung Frankreichs eröffnet worden und daß Gründe vorhanden seien, welche Italien zur Gewährung dieser Unterstützung veranlassen dürften. Er hoffe, Granville werde Italien nicht daran verhindern, daß es seiner eigenen Eingebung Folge leiste. Auch England wurde um entschiedenes Einschreiten gegen Preußen gebeten. Indem es an die Spitze der Neutralen-Liga getreten, habe es Frankreich verhindert, sich Bundesgenossen zu verschaffen, es habe jetzt die Pflicht, die Neutralen für Frankreich zu engagiren. Carl Granville erwiderte, England könne sich unmöglich in einen Krieg mit Deutschland stürzen. Granbury meinte hierauf, England möge sich Kenntniß von den preussischen wie französischen Friedensbedingungen verschaffen, und dann einen Congreß der Neutralen berufen, welcher autoritativ erkläre, was billige Friedensbedingungen seien. Wollte England nicht vorangehen, so möge es Italien hiezu veranlassen. Frankreich könne sich, nachdem es in Ferrières eine Zurückweisung erfahren, nicht mehr direct an Preußen wenden. Dieses dürfe auch unter keinen Umständen erfahren, daß England auf französischen Antrieb handle. England benutzte die Gelegenheit des bekannten Bismarck'schen Circulars über die Hungers-

noth, um Frankreich und Preußen den förmlichen Vorschlag zu einem Waffenstillstande und der Einberufung einer Nationalversammlung zu machen. Rußland, Oesterreich, Spanien und Italien brangen gleichfalls in beide Kriegführenden zur Abschließung eines Waffenstillstandes, und die sogenannte Macht zeigte sich sogar für eine entschiedene Intervention geneigt. — Noch ein Actenstück ist hervorzuheben, eine Depesche Granville's an Odo Russell 9. Januar 1871. Granville warnt Deutschland vor den Folgen, welche die Ablehnung freundschaftlicher Vermittelungen haben könnte, und sagt: Wenn Deutschland nicht im Stande wäre, den Krieg sofort (d. h. mit der Capitulation von Paris) zu beendigen, und seine eigenen Friedensbedingungen zu erlangen, dann würde es die Hartnäckigkeit bebauern, mit welcher es seine Abneigung gezeigt habe, die freundschaftlichen Vermittelungen der neutralen Mächte zu gestatten. Ich verstehe es vollständig, daß Deutschland, erfolgreich in einem großen Kriege, dessen Opfer es allein zu tragen gehabt, den Entschluß zeigt, sich von denjenigen, welche fern von den Vorfällen waren, keine Vortheile machen zu lassen. . . . Wenn aber der Krieg fort-dauerte, wenn Frankreich gänzlich desorganisiert würde, unfähig, Deutschland für die Kosten des Krieges schadlos zu halten, und wenn dann Deutschland nichts anderes übrig bliebe, als sich großer Länder-strecken gegen den Willen der Bevölkerung zu bemächtigen, dann würde ihm die Schuld zufallen, daß es die freundschaftliche Vermittelung einiger neutralen Mächte von sich gewiesen habe, eine Vermittelung solcher Natur, wie sie so oft in internationalen Zwistigkeiten zu befriedigenden Resultaten führte.“ Wie in allem Uebrigen hat der englische Diplomat sich auch hierin als ein sehr schlechter Prophet bewiesen. Daß Bismarck von einem solchen Stümper in der Staatskunst keine wohlgeleiteten Lehren und Verhaltensmaßregeln angenommen, war wohl selbstverständlich. Es hat sich gezeigt, daß er allein besser wußte, wie man zu rechter Zeit ehrenvoll und vortheilhaft Frieden schließt.

Frankreich.

Der „Courrier de l'Ysere“ meldet aus Rantua, daß sich dort unter einem Haufen flüchtiger Soldaten, welche sich der Internirung entzogen und durch das Ländchen Gex nach dem Innern Frankreichs retteten, ein verrückt gewordener General befand; derselbe schreit fast unaufhörlich nach Brod und beklagt sich, daß er ungerecht übergangen sei und durchaus Corporal werden müsse. Der Unglückliche ist der Divisionsgeneral Durrien, der Bourbaki schon beim Anfang des Zuges „nach dem Rhein“ das Unglück vorausagte und denselben vergebens beschwor, nicht hunderttausend Franzosen den unsmüthigen Plänen Gambetta's zu opfern. Uebrigens sind in Rantua noch zwei Bataillonschefs, welche über die Niederlage verdrückt worden sind. — Es bestätigt sich die Wahl des Prinzen Napoleon in Corsica. Auf dieser Insel wurden überhaupt nur Bonapartisten gewählt, unter ihnen Abbatici, Conth, Galloni, d'Ischia und Gavini. Man würde in der Nationalversammlung die Prinzen von Orleans nicht wohl zulassen können, ohne dem Prinzen Napoleon Gleiches zuzugestehen. Doch wird die Verhandlung über diese Wahlen vorerst aufgeschoben werden.

Herr Laurier, der ehemalige Secretär der Gambettaschen Regierung, erregt einiges Aufsehen durch das Gerücht, daß er das Grand Hotel in Paris für fünf Millionen Franken angekauft habe. Da das Hotel du Faubourg in Tours und ein anderes Hotel irgendwo anders schon ihm gehören, kommen seine Feinde ganz natürlich Weise zu ungünstigen Schlüssen.

Italien.

Wie der Wiener „Presse“ aus Rom gemeldet wird, spricht der Cardinal-Vicar in einer Bekanntmachung den Civilbehörden das Recht, Ehen zu schließen und zu lösen, ab und erklärt die Civilehe

Berlin und seine Entwicklung.

Unter diesem Gesamttitel giebt das statistische Bureau von Berlin seit vier Jahren ein „Städtisches Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik“ heraus. (Verlag von J. Gutentag.)

Der neue Band bringt eine Abhandlung von Dr. F. Schwabe: „Betrachtungen über die Volksseele von Berlin“, eine geist- und gemüthvolle Studie. Daß neben die Psychologie sich eine Volkspsychologie stellen könne, ist ein feststehender Satz. Von ihm ausgehend versucht der Verfasser, zunächst auf beschränktem Gebiet, bestimmte Ergebnisse des Berliner socialen Lebens, soweit sie in den Volkszählungsresultaten hervorgetreten sind, auf ihre psychologischen Elemente zurückzuführen, oder, umgekehrt, aus gegebenen statistischen Thatfachen bestimmte geistige Eigenthümlichkeiten des Berliner Lebens zu erklären.

Betrachten wir z. B. die folgende Tabelle, welche angiebt, wie viel Procente der Bevölkerung in den Provinzen einerseits, in der Hauptstadt Berlin andererseits auf die verschiedenen Altersklassen fallen.

Altersklassen.	Provinz.	Berlin.
0—15 Jahre	32,5	28,0
15—20	10,3	9,4
20—40	28,7	41,0
40—50	11,2	10,6
50—80	16,4	10,4
80—90	0,3	0,2

An Kindern und jungen Leuten bis zum 15. Jahre ist Berlin ärmer als die Provinz. Von 15. bis 20. Jahre scheint dieses Mißverhältnis sich ausgleichen zu wollen; doch ist Berlin immer noch etwas zurück. Da kommt das fünfte Quinquennium und mit ihm ein gewaltiger Umschwung. Als ob ein Damm durch-

brochen wäre, so strömt die gesammelte Fluth der eisen Jugenkraft aus den Schalen der Provinz nach Berlin hinüber, und wir vernehmen das Brausen der Großstadt. Die Reihen der 20. bis 30-jährigen sind dünn geworden in jenen Ländern, nur 16 Procent der Gesamtbevölkerung, während sie mit 24 Procenten die Hauptstadt füllen. Auch die Generation des vierten Jahrzehnts überwiegt noch in dieser, dann aber folgt Ebbe, eine Zeitlang, zwischen dem 40. und 50. Jahre fast Gleichgewicht, und fortan überwiegen wieder die Provinzen, während die Alternen und Alten seltener werden in der kraftverzehrenden Hauptstadt.

Also — kurz gesagt — Berlin ist ärmer als die Provinz an Kindern und Halbgrownen, ärmer ferner an Leuten zwischen 40 und 50 Jahren und noch viel ärmer drittens an Alternen und Greisen; dagegen weilt die Provinz überwiegend an Menschen zwischen 20 und 40 Jahren, d. h. an der leiblich und geistig kräftigsten, lebensmüthigsten, leistungsfähigsten, zu jeder guten und jeder schlechten Rolle im großen Kampf ums Dasein berufensten und bereitesten Generation. Stellen wir uns vor, es habe eine Versammlung in der Provinz und eine in Berlin über irgend eine Neuerung, ein Gesetz und dergleichen abzustimmen, so stehen in der Provinz 5 Erwachsene gegen 2 Alte, in Berlin 5 Erwachsene gegen 1 Alten. Oder, wie Dr. Schwabe sagt: „die relativ geringe Anzahl alter Leute in Berlin wird zur Folge haben, daß sie weniger Einfluß üben und da dieser ein conservativer ist, daß die Bevölkerung unserer Großstadt zu rascherem Fortschritt und Wechsel geneigt ist. Je weniger Greise, desto weniger Autoritäten. Irren wir nicht, so ist der Respect vor Sitten und Gebräuchen in Berlin im Sinken begriffen.“

Und wenn es wahr ist, daß Berlin keine Ideale hat und keine Autorität anerkennt, so steht das letztere sicher mit der Art und Weise in engem Zusammenhang, in welcher die Altersklassen in der Bevölkerung vertreten sind.“ Man denke ferner an das Verhältniß des Greisenalters zu den Kindern, an das familiäre und pädagogische Element des „Großvaters“, der „Großmutter“, man bedenke, daß z. B. in Thüringen auf 7 Kinder und 4 Erwachsene, in Berlin aber erst auf 13 Kinder und 6 Erwachsene ein Greis oder eine Greisin kommt und man wird geneigter sein zwischen jenen Zahlen und gewissen psychologischen Erscheinungen einen innern Zusammenhang zu vermuthen.

Wir wollen noch einige Worte über Kirche und Schule sagen. Denkt man zurück an so vielerlei geistliche Streitereien erinnert man sich des Namens Wähler, der Affären Knad, Fournier u. a., so möchte man Wunder meinen, wie tief und weit die religiösen Interessen im Boden der Hauptstadt wurzeln. Und nun sagt uns Dr. Schwabe, daß von 630,000 Protestanten Berlins durchschnittlich 2225 Befürworter des Doms abgibt, in welchem das ästhetische Interesse (am Domchor) vorwiegt. Ferner war unter 23,969 Beerdigungen nur bei 3777 (15 Procent) ein Geistlicher zugegen. So sehr, sagt das amtliche statistische Bureau der Stadt Berlin, hat die Hierarchie, von der Staatsgewalt zu Zeiten mächtig unterstützt, ja von ihr angetrieben, das ursprüngliche Wesen der protestantischen Kirche zerstört und verlehrt; „diese Kirche ist lauer geworden und hat abstoßend auf viele Anhänger gewirkt. Zu keiner Zeit

hat sie dem Menschen weniger geboten, ihn weniger befriedigt, als jetzt. Die Masse ist aus dem Verbände gelöst und in Atome zerfallen. Sie wird nur in Regsamkeit verjagt, wenn den wenigen kirchlich Gesinnten neue hierarchische Anschauungen oder alte pietistische Gefangnisse octroyirt werden sollen; sie währt dann diesen eine namhafte Hilfe und erhöht ihre Widerstandsfähigkeit.“

Ganz anders in sich zusammengeschlossen stellt die katholische Confession sich dar, sie zählt weniger das Bedürfnis der befreienden Bildung, wie folgendes Bild zeigt:

Von 100 Kathol.	Knaben besuchen höhere Lehranst.	14
„ „ „	„ „ „	26
„ „ „	„ „ „	10
„ „ „	„ „ „	21
„ „ „	„ „ „	56
„ „ „	„ „ „	66

Unter 100 Familien ferner, welche ihre Kinder zu Haus unterrichten lassen, sind (ungefähr) 7 katholische, 10 evangelische, 83 jüdische!

Auch in moralischer Hinsicht scheint die nicht-christliche Bevölkerung den höchsten Rang einzunehmen, und veranlaßt den Verfasser zu dem Bekenntniß, daß die Juden geistig und materiell nicht nur in auffallender, sondern auch in respectabler Weise zur Geltung kommen; „aufs eifrigste werden von ihnen materieller Besitz, Durchbringung des Lebens mit humanen Ideen, Bildung, kurz eine Reihe echt menschlicher Eigenschaften gepflegt . . . und bereits lassen diese Eigenschaften ihre Wirkungen in statistisch sehr erkennbarer Weise hervortreten, und reichen damit ganz von selbst der Bevölkerung, die sie hegt und pflegt die Krone des Lebens.“

Redaction, Druck u. Verlag von A. W. Rasemann
in Danzig.